

Frau der klaren Worte richtet Appell an Helmstedter

35 Jahre nach der Grenzöffnung: Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordert beim Empfang der Stadt dazu auf, Mut und Courage zu zeigen.

Marion Korth

Helmstedt. All denjenigen, die immer gern alles schlechtreden, setzte Politikerin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) eine andere Botschaft entgegen: „Wir haben in den 35 Jahren unheimlich viel erreicht.“ Die Europapolitikerin war aus Anlass des 35. Jahrestags der Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November nach Helmstedt gekommen. Sie nutzte den Empfang der Stadt am Samstagabend im Rathaus für einen eindringlichen Appell, Freiheit und Demokratie zu verteidigen, Mut und Courage zu zeigen. Nur eines gehe in bewegten Zeiten nicht – unbeweglich zu bleiben. Eine Forderung, die sich praktisch auf alle aktuellen Entwicklungen übertragen lässt, sogar auf die VW-Krise.

„Ich bin zum ersten Mal in Helmstedt“, sagte Strack-Zimmermann. „Mein Vater hat sich stets geweigert, über Helmstedt zu fahren und wollte sich nicht den Schikanen der DDR-Grenzsoldaten aussetzen.“ Die Familie hätte zum Verwandtenbesuch in West-Berlin immer den Flieger genommen, nur einmal sei sie im Auto über Marienborn und durch die „Ostzone“ gefahren. Beklemmung habe sich breitgemacht, sie erinnerte sich an die Totenstille im Wageninneren. Bevor sie am Abend ins Rathaus kam, besuchte sie kurz die Gedenkstätte in Marienborn. Der friedliche Aufstand in der DDR, der am Ende die Mauer



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Mitglied des Europäischen Parlaments, war die Festrednerin beim Empfang der Stadt Helmstedt aus Anlass der innerdeutschen Grenzöffnung am 9. November 1989.

MICHAEL UHMEYER/REGIOS24

Konflikte können nicht eingefroren werden, sie müssen gelöst werden.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

zu Fall brachte, ist für sie mit Mut und Courage verbunden, von beidem wünscht sie sich aktuell mehr.

Für Strack-Zimmermann ist es höchste Zeit, nach 35 Jahren nicht mehr von den neuen Bundesländern zu reden und anzuerkennen, dass der Westen bei der Wiedervereinigung den Ton angegeben und

die Treuhand nicht alles richtig gemacht hätte. Gebrochene Biografien seien die Folge. Nun werde versucht, in manchen Köpfen wieder eine Mauer aufzubauen. Es sei wie ein schleichendes Gift, wenn es in Ost oder West wieder „die da drüben“ heiße.

An einem 9. November fiel nicht nur die innerdeutsche Grenze. Am 9. November 1938 wurden Synagogen angesteckt, der millionenfache Völkermord an den Juden begann. Den Grundkonsens, dass so etwas nie wieder geschehen dürfe, sieht die Politikerin in Gefahr. Der Krieg in Gaza habe überall den Judenhass hervorbereiten lassen. „Er war offenbar nie weg“, sagte Strack-Zim-

mermann. Sie sieht mit Sorge, wie sich in den sozialen Netzwerken die Sprache entfessele und sich Gewaltphantasien verbreiten: „Wir müssen aufpassen, dass wir uns von der Sprache nicht anzünden lassen.“ Harten Worten würden Taten folgen.

So wie die Menschen sich nach 1000 Tagen an den Krieg in der Ukraine gewöhnt hätten, seien für viele auch Demokratie und Freiheit selbstverständlich. Dabei sei beides bedroht – von innen und außen. Von Links- und Rechtsextremen, von Weltverschwörern, die sich im Netz weltweit millionenfach gefunden hätten, vom zu erwartenden Kurswechsel der US-Regierung mit



Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann begrüßte Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Rathaus. Bürgermeister Wittich Schobert ließ sich digital zuschalten, er ist erkrankt.

UHMEYER/RS24

Trump an der Spitze, von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine.

„Jede Stunde heulen in Kiew die Sirenen, die vor Drohnenangriffen warnen. Es sollte uns zu denken geben, dass mit den 10.000 Soldaten aus Nordkorea zum ersten Mal eine fremde Macht auf europäischem Territorium steht“, sagte die Europapolitikerin und mahnte: „Konflikte können nicht eingefroren werden, sie müssen gelöst werden.“ Möglichst im Dialog, aber mit der Pistole am Kopf sei der friedliche Austausch unmöglich, machte sie deutlich. Daraus zieht sie den Schluss: „Wir sollten in der Lage sein, unser Land politisch, verbal und notfalls militärisch zu verteidigen.“

Für die VW-Krise sieht sie das Setzen auf einen Markt, nämlich China, und Versäumnisse bei der Transformation hin zur E-Mobilität als ursächlich an. Aber auch hier meint sie: „Wir können das schaffen.“ Um die Wirtschaft aus dem Tief zu holen, müssten neue Märkte wie die in Südamerika erschlossen werden, auch an den hohen Energiekosten ließe sich etwas machen. „Die Zeiten ändern sich, wir müssen alle beweglich sein.“ Viel Beifall im Saal. Bürgermeister Wittich Schobert hatte den prominenten Gast via Videokonferenz in Helmstedt begrüßt. Eine Corona-Erkrankung mache es ihm unmöglich, dabei zu sein, bedauerte er.

Montag 11 November 2020